



Klimaschutz braucht schnelles Handeln mit langfristiger Perspektive

Klimaschutz braucht schnelles Handeln mit langfristiger Perspektive
Neues WBGU-Sondergutachten "Klimaschutz als Weltbürgerbewegung"
Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat der Bundesregierung heute sein neues Sondergutachten "Klimaschutz als Weltbürgerbewegung" vorgelegt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Staatssekretär Georg Schütte, Bundesforschungsministerium, begrüßten das Papier als "wertvollen und hochaktuellen Beitrag zur nationalen und internationalen Debatte".
Der WBGU entwirft ein interessantes Konzept für ein ambitioniertes Klimaschutz-Abkommen: das Nullemissionsziel. Bis spätestens 2070 sollen demnach die CO2-Emissionen aus fossilen Energieträgern auf Null gesenkt werden.
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Mit dieser Forderung stößt der WBGU eine wichtige Debatte an. Auch wenn die Herausforderung aus heutiger Sicht immens erscheint, ist die langfristige Orientierung für eine erfolgreiche Klimapolitik von zentraler Bedeutung. Es reicht nicht, in den UN-Klimaverhandlungen jeweils nur auf die nächste Verpflichtungsperiode zu schauen. Es geht darum, dass alle gemeinsam und jeder für sich einen Pfad zur Klimaneutralität definiert - je früher, desto besser. Für Deutschland haben wir uns bereits darauf verständigt, einen langfristigen Klimaschutzplan zu erarbeiten. Diese Langfrist-Perspektive werden wir mit Nachdruck auch in die anstehenden UN-Klimaverhandlungen einbringen."
Staatssekretär Georg Schütte im Bundesministerium für Bildung und Forschung sagte: "Wir stehen vor Entscheidungen, die sich nicht auf schmalen und ausgetretenen Pfaden in die Tat umsetzen lassen. Erst neues Wissen und Innovationen aus der Forschung geben uns diejenigen Handlungsoptionen an die Hand, mit denen wir den gefährlichen Klimawandel noch abwenden können. Deshalb muss das Klimawissen aktiv in die gesellschaftliche Praxis integriert werden. Wir brauchen Forschung, die dort ankommt und Nutzen bringt, wo konkrete Entscheidungen zum Umgang mit dem Klimawandel getroffen werden" Die Forschung zum Klimawandel wird deshalb auch weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt der Förderpolitik des BMBF bleiben. In der Neuauflage und Fortsetzung des BMBF-Rahmenprogramms "FONA - Forschung für nachhaltige Entwicklungen" wird neben exzellenter Forschung künftig noch stärker der Schulterschluss mit den Nutzern und Entscheidungsträgern in den Kommunen und Landkreisen, der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft gesucht, um Forschung unmittelbar wirksam werden zu lassen. Darüber hinaus wird noch intensiver mit den Ländern der Welt zusammengearbeitet, wo ein besonderer Handlungsdruck besteht und wichtige Impulse für eine vorausschauende Klimapolitik gesetzt werden müssen.
Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung ("Erdgipfel von Rio") von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Der WBGU wird gemeinsam vom BMBF und BMUB betreut und finanziert.
Das Sondergutachten finden Sie unter www.wbgu.de.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.